Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 28. Oktober 2010
Ausgabe 207

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Stadtrat beschließt Aufruf gegen rechtsextremen „Heldengedenkmarsch“ 3
› Glückwünsche für Dr. Werner Marzin zum 80. Geburtstag 3
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2, Bezirksteile Ludwigsvorstadt und Schlachthofviertel 4
› Münchner Zukunftsreihe: Podiumsdiskussion „Die Zukunft des Tourismus in unserer Stadt“ 5
› Jüdisches Museum München: Ausstellung „Einblicke – Ausblicke. Jüdische Kunsthistoriker in München“ 6
› Trauerfeiern in den Friedhöfen an Allerheiligen 7
› Umstellung der öffentlichen Uhren auf Winterzeit 7
› Statistisches Jahrbuch 2010 8

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **9**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 29. Oktober, 11.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Gabriele Friderich, Kommunalreferentin und Erste Werkleiterin des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM), stellt die Serviceleistungen des AWM vor. Neben einer ökologisch hochwertigen Entsorgung der Abfälle hat der AWM mittlerweile eine Reihe an Zusatzdienstleistungen und Serviceangeboten für die Münchner Bürgerinnen und Bürger sowie für Hausverwaltungen und Gewerbebetriebe entwickelt. Im Rahmen der Informationsveranstaltung wird auch der neue Online-Rechner auf *www.awm-muenchen.de* vorgestellt. Er bietet Privathaushalten die Möglichkeit, Optimierungspotenziale im Bereich der Wertstoff- und Restmülltonnen festzustellen.

Wiederholung
Freitag, 29. Oktober, 13.30 Uhr, Christoph-Rapparini-Bogen 3
Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters den vierten Münchner Tageskindertreff (TKT). Der TKT ergänzt die Betreuungsplätze der Kindertagespflege in Familien um einen wichtigen Qualitätsaspekt: Er springt ein, wenn die Tagesmutter oder der Tagesvater ausfällt, zum Beispiel wegen Krankheit.

Dienstag, 2. November, 10 Uhr, Wolfratshauser Straße 1
Stadträtin Bettina Messinger (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Paula Köppl im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Dienstag, 2. November, 13 Uhr, Claudiusplatz 13
Stadträtin Dr. Inci Sieber (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Wilhelmine und Johann Jacobs im Namen der Stadt zum 70. Hochzeitsjubiläum.

Dienstag, 2. November, 17.30 Uhr, Ossietzkystraße 16
Stadträtin Verena Dietl (SPD) gratuliert dem Münchner Ehepaar Emma und Alfred Pittner im Namen der Stadt zum 70. Hochzeitsjubiläum.

Meldungen

Stadtrat beschließt Aufruf gegen rechtsextremen „Heldengedenkmarsch“

(28.10.2010) Auf einen gemeinsamen Antrag von SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste, FDP, die Linke, ÖDP, Bayernpartei und Freie Wähler hin ruft die Vollversammlung des Münchner Stadtrats die Münchnerinnen und Münchner dazu auf, sich am 13. November an der Gegendemonstration gegen den von Rechtsextremisten geplanten „Heldengedenkmarsch“ zu beteiligen. Die bei nur einer Gegenstimme beschlossene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Am Samstag, 13.11.2010, veranstalten Rechtsextremisten zum dritten Mal in Folge einen ‚Heldengedenkmarsch’ durch die Münchner Innenstadt. Der Münchner Stadtrat ruft deshalb alle Münchnerinnen und Münchner dazu auf, sich am 13. November um 12 Uhr am Sendlinger Tor an der Gegenkundgebung zu beteiligen. München steht als ehemalige ‚Hauptstadt der Bewegung’ zu seiner historischen Verantwortung. Die Münchner Zivilgesellschaft wird den rechtsextremen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Kräften zeigen, dass für sie kein Platz in dieser Stadt ist und sie hier nicht widerspruchslos ihr Unwesen treiben können.

Bei dem ‚Heldengedenkmarsch’ handelt es sich um eine Reinszenierung des von den Nationalsozialisten 1934 zum staatlichen Feiertag erklärten ‚Heldengedenktags’, mit der die NS-Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht werden soll. Versucht wird so, eine neue rechtsextreme „Tradition“ in München zu etablieren. **Dies darf nicht gelingen!** Rassistische Ausgrenzung und Gewaltverherrlichung in unserer bunten, demokratischen und freiheitlichen Stadt nehmen wir nicht hin. Gerade auf die Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz in unserer Stadt sind wir besonders stolz.“

Glückwünsche für Dr. Werner Marzin zum 80. Geburtstag

(28.10.2010) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Dr. Werner Marzin zum bevorstehenden 80. Geburtstag: „Als Geschäftsführer der Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH stärkten Sie eindrucksvoll in den Jahren 1966 bis 1995 die Landeshauptstadt in ihrer Attraktivität. Heute können Sie sich wohlverdient ‚Dienstältester Messechef Deutschlands’ nennen. Vor allem haben Sie in Ihren 17 Jahren als Hauptgeschäftsführer einen beachtlichen Beitrag geleistet, die Stadt München als hoch erfolgreichen Wirtschafts- und Messestandort zu kommunizieren und deren Stärken in der Öffentlichkeit auszubauen.

Meine Anerkennung möchte ich nicht nur für Ihren außergewöhnlichen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen der Stadt München aussprechen, sondern auch für Ihre Verdienste um das internationale Messewesen und das deutsche Handwerk. Als gelungene Beispiele führe ich hier ausdrücklich Ihr Engagement zu den Messehöhepunkten Ispo, Bauma und die Internationale Handwerksmesse an. Ebenso möchte ich Ihren Anteil an der Neuen Messe München betonen. Ohne Sie als Initiator wäre der Erfolg der heutigen Messestadt München undenkbar.
Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und noch lange währende Lebensfreude."

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2, Bezirksteile Ludwigsvorstadt und Schlachthofviertel

(28.10.2010) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt) am Donnerstag, 11. November, 19 Uhr, in die Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76, 80337 München, zu einer Bürgerversammlung des 2. Stadtbezirkes (Bezirksteile Ludwigsvorstadt und Schlachthofviertel) ein. Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Theresienwiese
2. Oktoberfest
3. Radwegverbindungen
4. Spielhallen
5. Entwicklung des südlichen Bahnhofviertels
6. BA-Budget

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte der Bezirksausschüsse 1, 2, 3, 4 und 12, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der

Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Faxnummer 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy.

Münchner Zukunftsreihe: Podiumsdiskussion „Die Zukunft des Tourismus in unserer Stadt“

(28.10.2010) Im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe – Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft im Dialog mit der Kommunalpolitik – findet am Dienstag, 2. November, um 19 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses die Podiumsdiskussion „Die Zukunft des Tourismus in unserer Stadt“ statt. Der Eintritt ist frei.

Der Tourismus in München leistet einen enormen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand der Stadt und sichert mit Umsätzen in Höhe von mehreren Milliarden Euro viele Arbeitsplätze in der Stadt. Dabei zeigte der Tourismus in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine stabile Entwicklung und erwies sich als relativ krisenresistent. Wird diese Entwicklung so weitergehen? Wo liegen die Chancen und Risiken im Tourismus in München? Was muss getan werden, um eine positive Entwicklung zu sichern und zu stärken? Die Landeshauptstadt München organisiert daher diese Podiumsdiskussion mit folgenden Teilnehmern: Petra Hedorfer, Vorstandsvorsitzende der Deutschen Zentrale für Tourismus, Dr. Gabriele Weishäupl, Tourismusdirektorin des Tourismusamtes München, Professor Dr. Theo Eberhard, Dekan der Fakultät für Tourismus der Hochschule München, Dr. Manfred Zeiner, Geschäftsführer der dwif-Consulting GmbH, Wolfgang Fischer, Geschäftsführer des CityPartnerMünchen e.V., und Martin Stürzer, Stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes (BHG) Kreisstelle München, Geschäftsführer des Hotels Europäischer Hof. Moderation: Oberbürgermeister Christian Ude.
Aufgrund der begrenzten Platzzahl wird um Anmeldung gebeten unter *www.zukunft@muenchen.de* oder per Fax 2 33-2 72 90.

Jüdisches Museum München: Ausstellung „Einblicke – Ausblicke. Jüdische Kunsthistoriker in München“

(28.10.2010) Vom 6. Oktober 2010 bis 6. März 2011 zeigt das Jüdische Museum München, St.-Jakobs-Platz 16, die Kabinettsausstellung „Einblicke – Ausblicke. Jüdische Kunsthistoriker in München“. Im Rahmen des Promotionsprogramms „Ausstellungskonzeption, -gestaltung und -vermittlung“ des Instituts für Kunstgeschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum recherchierten zehn Studierende die Biografien von 20 jüdischen Kunsthistorikern, die in Beziehung zu München stehen. Mit dieser Ausstellung möchte die studentische Projektgruppe eine Generation jüdischer Kunsthistoriker – ihre Lebensgeschichte, ihr Werk und ihren Beitrag zur Kunstgeschichte – ins Licht der Aufmerksamkeit rücken. Als Juden wurden sie aus der deutschen Kunstgeschichte ausgegrenzt, als Kunsthistoriker sollen sie in das Gedächtnis des Faches zurückgeholt werden.

Sie alle haben auf ihren Forschungsgebieten einen wertvollen Beitrag zur Kunstgeschichte geleistet, der in dieser Ausstellung präsentiert und gewürdigt werden soll.

Die Kunsthistoriker Richard Krautheimer, Karl Schwarz, Richard Bernheimer und Ruth Schweisheimer studierten in München bei Heinrich Wölfflin (Professur für Kunstgeschichte in München 1912 - 1924) oder Wilhelm Pinder (Professur für Kunstgeschichte in München 1927 - 1935). Rudolf Berliner war von 1912 - 1935 am Bayerischen Nationalmuseum beschäftigt und Franz Stadler pflegte in München kurz vor dem Ersten Weltkrieg eine intensive freundschaftliche Beziehung zu Wassily Kandinsky.

Einen Einschnitt bedeutete für alle die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten im Jahr 1933. Sie emigrierten in die USA, nach Palästina, England, Marokko und in die Schweiz. Richard Krautheimer ging 1935 von Rom aus an die Universität in Louisville, Kentucky (USA). Ernst Kitzinger kam über England und Australien 1941 an die Fakultät Dumbarton Oaks in Washington D.C., einem Institut der Harvard University. 1933 ging Karl Schwarz nach Palästina, wo er das heutige Tel Aviv Museum of Art aufbaute. Theodor Harburger, der in Bayern jüdische Kunst- und Kulturgüter dokumentiert hatte, wanderte 1933 mit seiner Frau ebenfalls nach Palästina aus, unterhielt dort allerdings nur noch eine kleine Pension in Nahariya zusammen mit seiner Frau.

Wenige der Kunsthistoriker kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Paul Frankl, der seit 1940 am Institute for Advanced Study in Princeton tätig war, lehrte ab 1948 auch als Gastprofessor an den Universitäten von Berlin und Halle. Rudolf Berliner nahm wieder Kontakt zu München auf, während er weiterhin an amerikanischen Museen als Kurator und als Uni-

versitätsdozent arbeitete. Richard Krautheimer kehrte 1971 an die Bibliotheca Hertziana in Rom zurück, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1994 weiter publizierte. Für einige andere beschränkte sich der Kontakt mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich auf langwierige Rückerstattungs- und Entschädigungsverfahren.
Die Ausstellung gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil findet vom 6. Oktober bis 12. Dezember, der zweite Teil vom 14. Dezember 2010 bis 6. März 2011 im Studienraum des Jüdischen Museums München statt. Eintrittskarten kosten 6 Euro, ermäßigt 3 Euro, und sind im Museumsfoyer dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr erhältlich. Die Studentinnen und Studenten bieten Rundgänge von zirka 30 Minuten an. Terminanfragen bitte an *Messner_Anna@web.de* oder an *csikijudith@web.de.*
Ein Kolloquium Curriculum Vitae [01] „Kunsthistoriker sprechen über Kunsthistoriker" findet am Dienstag, 7. Dezember, von 18 bis 20 Uhr im Jüdischen Museum München statt. Der zweite Teil des Kolloquiums findet am Dienstag, 25. Januar 2011, von 18 bis 20 Uhr statt.
Weitere Informationen unter *www.juedisches-museum-muenchen.de*

Trauerfeiern in den Friedhöfen an Allerheiligen
(28.10.2010) Mit Trauerserenaden und Gedenkfeiern wird an Allerheiligen (Montag, 1. November) der Verstorbenen auf den Friedhöfen der Städtischen Friedhofsverwaltung gedacht. Das ausführliche Programm ist im Internet unter *www.muenchen.de/friedhof* zu finden. Die örtlichen Gräberverwaltungen der städtischen Friedhöfe sind an Allerheiligen von 8 bis 16 Uhr besetzt; die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stehen für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Umstellung der öffentlichen Uhren auf Winterzeit
(28.10.2010) Am kommenden Wochenende findet der Wechsel von der Sommerzeit auf die Winterzeit statt: Alle öffentlichen Uhren im Stadtgebiet Münchens werden in der Nacht von Samstag auf Sonntag, 31. Oktober, um 3 Uhr auf 2 Uhr mitteleuropäischer Zeit (MEZ) zurückgestellt. Dies geschieht mittels eines Funksignals aus Frankfurt.
Da es vereinzelt zu Störungen des Signalempfangs kommen kann, kontrollieren Mitarbeiter des Baureferats, ob alle Uhren die automatische Umstellung geschafft haben. Gegebene Störungen werden registriert und im Laufe der folgenden Tage behoben.
Das Baureferat betreut stadtweit insgesamt 182 Anlagen, darunter 119 Kirchturmuhren, drei Turmuhren, 16 Stadtuhren, 39 Schulturmuhren sowie drei Altenheimuhren und zwei Uhren an städtischen landwirtschaftlichen Betrieben.

Statistisches Jahrbuch 2010

(28.10.2010) Das Statistische Jahrbuch der Landeshauptstadt München ist soeben erschienen. Es steht in der Kontinuität der Vorjahresausgaben und bietet auch in dem Jahrgang 2010 ein vielfältiges, aktuelles und zuverlässiges Datenangebot zu allen wichtigen kommunalen Themenbereichen. Angefangen bei A wie Abendschulen bis Z wie Zuzüge enthält das Buch Informationen zu zirka 600 Stichworten. Basisdaten zu den Münchner Stadtbezirken, zur Planungsregion München und zum Land Bayern vervollständigen das Informationsangebot, das sich in seiner übersichtlichen und lesefreundlichen Aufmachung sowohl an das Fachpublikum wie auch an die breite Leserschaft richtet. Das Statistische Jahrbuch 2010 ist zum Preis von 18 Euro bei folgenden Stellen zu beziehen: Statistisches Amt der Landeshauptstadt München, Statistisches Auskunftsbüro (Zimmer 105), Schwanthalerstraße 68, 80336 München, Telefon 2 33-8 27 00, Telefax 2 33-8 27 57, Internet: *www.muenchen.de/statamt*, E-Mail: stat.amt@muenchen.de und bei der Stadt-Information im Rathaus.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 28. Oktober 2010

Medizinische Versorgung in neuen Stadtquartieren sicherstellen
Antrag Stadtrat Klaus Peter Rupp (SPD)

Stammstrecken-Tektur nutzen – Beschlüsse des Landtags und des Stadtrates zur „Sendlinger Spange“ ernst nehmen
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Tödliche Gefahr durch Fotovoltaikanlagen für Rettungskräfte?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Bau von Kunstrasenspielflächen auf städtischen Bezirkssportanlagen
Antrag Stadtrat Mario Schmidbauer (CSU)

Teurer Tod in München
Vergleich der Grabkosten in München und anderen Städten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Keine neuen Spielhallen in der Hansastraße – baurechtliche Mittel ausschöpfen!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Klaus Peter Rupp
Stadtrat

München, 28.10.2010

Medizinische Versorgung in neuen Stadtquartieren sicherstellen

Antrag:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) wird gebeten, über den Gesundheitsbeirat/AK Versorgung gemeinsam mit dem Planungsreferat die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) und die Kostenträger (Krankenkassen) über städtebauliche Siedlungsmaßnahmen zu informieren, um eine ausreichende fachärztliche Versorgung in den neu entstehenden Stadtquartieren frühzeitig sicherzustellen.

Begründung:

Obwohl in München in allen ärztlichen Fachgebieten zum Teil eine erhebliche Überversorgung im ambulanten Sektor besteht, wird insbesondere aus neuen Stadtquartieren berichtet, dass es lokal zu Unterversorgungen in einzelnen Bereichen kommt. Um künftig einer Unterversorgung vorzubeugen, ist es sinnvoll, dass die KVB als zuständige Körperschaft und die Krankenkassen als Kostenträger frühzeitig über städtebauliche Siedlungsentwicklungen informiert werden, um geeignete Maßnahmen treffen zu können.

gez.
Klaus Peter Rupp
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
28.10.10

Stammstrecken-Tektur nutzen – Beschlüsse des Landtags und des Stadtrates zur „Sendlinger Spange“ ernst nehmen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat hat kein Verständnis, dass bei der laufenden Tektur des Planfeststellungsabschnittes 1 (PFA 1) der 2. S-Bahnstammstrecke die Beschlusslage des Bayerischen Landtages vom 14.04.2010 und des Münchner Stadtrates vom 28.03.2010 zur besseren Einbindung der „Sendlinger Spange“ in das westliche S-Bahn-System keine Berücksichtigung gefunden hat.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beim Verkehrsminister Zeil vorstellig zu werden, dass er die sich insoweit vollkommen deckende Beschlusslage von Landtag und Stadtrat auch durch eine konkrete Planungsvorgabe an den Vorhabenträger und Zuschussempfänger DB Netz AG umsetzt.

3. Der Stadtrat empfiehlt bei der Tektur des 1. PFAs insbesondere die in /1/ veröffentlichten Vorschläge von VIEREGG-RÖSSLER zu berücksichtigen, die am Ostkopf des S-Bahnhofes Laim neu nicht nur die 2. S-Bahnstammstrecke, sondern auch die Gleise der „Sendlinger Spange“ einbinden (s.u.) („Drei-Wege-Konzept“).

Begründung:
Die Berücksichtigung der „Sendlinger Spange“ war das einmütige Anliegen von Stadtrat und Landtag bei den ansonsten durchaus kontrovers gefassten Beschlüssen zur 2. S-Bahnstammstrecke in der Planungsvariante 2010.

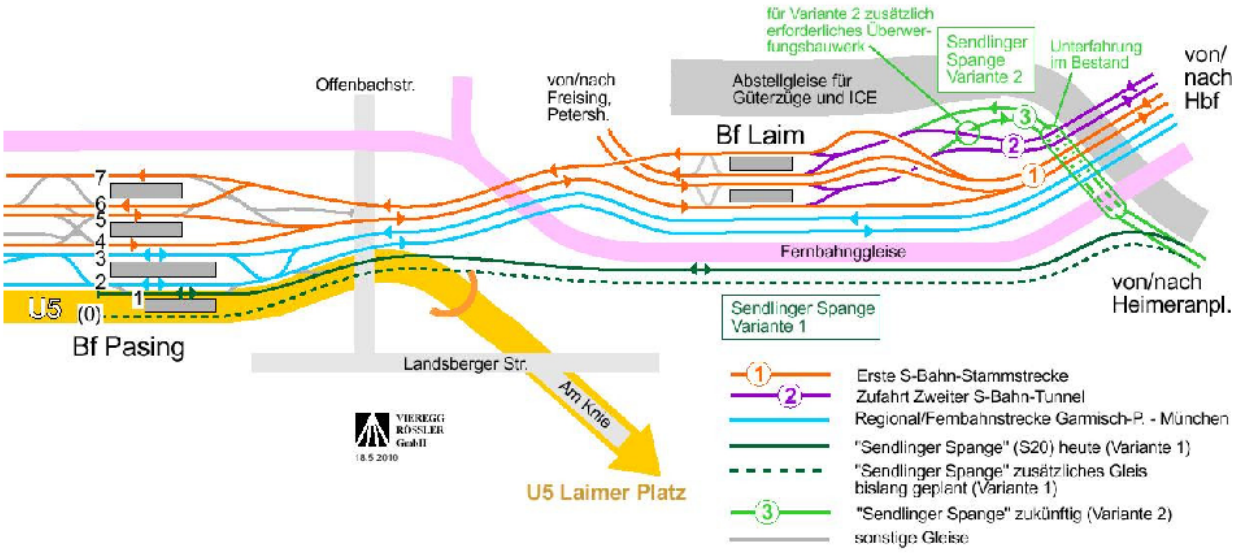
Bekanntlich hängt davon auch ab, wie aufwandsarm die Stadt München die dringende und von OB Ude 2002 versprochene Verlängerung der U-Bahn nach Pasing realisieren kann. Der Vorschlag von VIEREGG-RÖSSLER (s. u.) würde das Problem äußerst elegant lösen, bedarf aber einer vertieften Befassung.

Umso unverständlicher ist, dass diese Beschlusslage bei der Tektur des PFA 1 nicht nur nicht berücksichtigt, sondern noch nicht einmal erwähnt wurde. Wie der Projektleiter der DB am 25.10. gegenüber der LHM mündlich erklärte, läge für diesen Wunsch keine „Bestellung“ vor. Man muss davon ausgehen, dass hier der Freistaat Bayern in der Rolle des Bestellers gesehen wird.

Es ist für den Stadtrat jetzt die beste Gelegenheit, im Rahmen der laufenden Tektur seine Vorstellungen zur Geltung zu bringen.

Quelle:

Beitrag „Umplanung im Bahnhof Laim: Wie werden U- und S-Bahn in Pasing am besten verknüpft?“ in www.muenchner-forum.de/literatur/standpunkte_2010_06.pdf



So könnten U- und S-Bahn in Pasing verknüpft werden: Statt der dunkelgrünen S-Bahn-Gleise unten im Bild, die der gelb eingezeichneten U-Bahn-Trasse im Weg wären, könnte die S-20 nach Laim fahren und könnten Fahrgäste dort problemlos umsteigen. *Bild: Vieregg-Rössler*

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

ANFRAGE
28.10.10

Tödliche Gefahr durch Fotovoltaikanlagen für Rettungskräfte?

In Zeitungen aus dem ländlichen Raum wird aktuell darüber berichtet, dass von den zur Gewinnung von Ökostrom immer mehr verbreiteten Fotovoltaikanlagen auf Hausdächern, aber auch an Fassaden, für Feuerwehrleute und Rettungskräfte im Brand-, bzw. Schadensfall erhebliche, ja tödliche Risiken ausgehen.
So lassen sich in der Regel selbst im Brandfall diese Anlagen nicht schnell abschalten und produzieren weiter Strom - ca. 1000 Volt -, so dass die Einsatzkräfte auch in Gefahr sind, dass, selbst wenn sie nicht direkt mit Anlagenteilen und Kabeln in Kontakt kommen, Lichtbogen auf sie überspringen könnten, ganz zu Schweigen von direkten Kontakten mit stromführenden Teilen, bei Lösch- oder Rettungsversuchen in den Gebäuden selbst.
So soll es gar Fälle geben, wo die Feuerwehr Brände wegen dieses unkalkulierbaren Risikos nicht mehr löschen kann und Häuser „kontrolliert“ abbrennen lassen.
Da auch in München an öffentlichen und privaten Gebäuden immer mehr Fotovoltaikanlagen montiert und verwendet werden, stellt sich diese Frage auch für die Münchner Feuerwehren und andere Kräfte des Rettungswesens.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Ist den zuständigen städtischen Stellen auch bekannt, dass die Ökostrom produzierenden Fotovoltaikanlagen auf oder an Gebäuden im Brandfall ein tödliches Risiko für Feuerlösch- und Rettungskräfte darstellen können?

2. Wie viele genehmigte Fotovoltaikanlagen zur Produktion von Ökostrom gibt es zurzeit in München (ggf. auch geschätzt)?

3. Wie viele Fotovoltaikanlagen gibt es an oder auf öffentlichen Gebäuden, wie viele davon im Besitz der Stadt?

4. Welche Vorsorge wird beim vorbeugenden Brandschutz getroffen, damit Fotovoltaikanlagen nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko für Rettungs- und Löschkräfte im Brand- oder Einsatzfall werden?

5. Welche Maßnahmen hat die Münchner Feuerwehr getroffen, um sich gegen solche Risiken im Brandfall besser wappnen zu können?

6. Ist die technische Ausrüstung der Feuerwehren in München auch auf solche Fälle ausgelegt?

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Richard Quaas; Neurißweg 19; 80939 München; email: rquaas@yahoo.de

7. Gab es in München schon Brand- oder Unglücksfälle, bei denen die Feuerwehr mit Fotovoltaikanlagen und den von ihnen ausgehenden hohen Gefahren konfrontiert worden ist, wenn ja wie viele?

8. Sind auch in München Szenarien vorstellbar, dass wegen der extremen Risiken, die von arbeitenden Fotovoltaikanlagen im Brandfall ausgehen können, Häuser von der Feuerwehr „kontrolliert“ abgebrannt werden lassen müssten?

9. Welche Mittel und Wege gibt es, um die von Fotovoltaikanlagen ausgehenden Risiken für Feuerwehr- und Rettungskräfte zu minimieren, bzw. Risiken möglichst ganz auszuschließen?

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Mario Schmidbauer

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
28.10.10

Bau von Kunstrasenspielflächen auf städtischen Bezirkssportanlagen

Der Stadtrat möge beschließen:

Es werden weitere zwei Kunstrasenplätze auf städtischen Bezirkssportanlagen errichtet. Zugrunde gelegt wird die Reihenfolge der Prioritätenliste.

Begründung:

Laut Beantwortung meiner Anfrage vom 03.09.2010 (Haushaltsreste der Referate 2), teilte die Stadtkämmerei unter anderem mit, dass das Schulreferat noch über nicht gebundene Haushaltsreste (2009) in Höhe von 14.165.396 EURO verfügt.

Die Kosten für 2 Kunstrasenplätze (ca. 1.600.000 EURO) werden über die noch vorhandenen nicht gebundenen Haushaltsreste getragen.

gez.
Mario Schmidbauer
Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

28.10.2010

Antrag Nr.:
Teurer Tod in München
Vergleich der Grabkosten in München und anderen Städten

Der Stadtrat möge beschließen:
In der Landeshauptstadt München werden die Grabkosten neu berechnet und entsprechend gesenkt. Dieser Berechnung werden die Grabkosten anderer deutscher Städte (Vergleich der Kosten) zu Grunde gelegt.

Begründung:
Die Grabkosten in großen deutschen Städten unterscheiden sich erheblich. Auf den ersten Blick scheinen die Grabkosten in München im Durchschnitt anderer Städte zu liegen.
In München werden die Gebühren jedoch für einen Zeitraum von lediglich 10 Jahren erhoben. In anderen Städten werden die Gebühren für 20 oder 25 Jahre erhoben. Daraus ergibt sich für München eine sehr hohe Gebührenbelastung pro Nutzungsjahr. Dies ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich (Datenquelle: http://www.aeternitas.de).

Städte	**Erdreihen-grab**	**Erdwahl-grab**	**Erdgrab/ Durchschnitt**	**Urnen-reihengrab**	**Urnen-wahlgrab**	**Urnengrab/ Durchschnitt**
München	151,20	185,20	168,20	83,30	107,30	95,30
Nürnberg	144,00	116,10	130,05	62,80	62,80	62,80
Berlin	49,35	53,20	51,28	38,90	40,40	39,65
Hamburg	79,04	104,12	91,58	48,48	68,12	58,30
Hannover	116,00	116,00	116,00	97,84	97,84	97,84
Bremen	83,12	105,08	94,10	54,40	72,55	63,48
Düsseldorf	74,25	87,33	80,79	58,75	49,50	54,13
Köln	115,30	109,88	112,59	104,90	82,64	93,77
Frankfurt	85,70	121,80	103,75	52,35	86,80	69,58
Stuttgart	137,90	179,55	158,73	77,85	115,70	96,78
Durchschnitt aller Städte			110,71 = 100 %			73,16 = 100 %
München			168,20 = 152 %			95,30 = 130 %

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

BIA inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
28.10.2010

Keine neuen Spielhallen in der Hansastraße – baurechtliche Mittel ausschöpfen!

Ich beantrage:

1. Gegenwärtig in der Planungs- und Genehmigungsphase befindlichen weiteren Spielhallen-Niederlassungen in der Hansastraße im Stadtteil Sendling-Westpark wird keine Genehmigung erteilt.

2. Die Stadt schöpft dabei ihre baurechtlichen Möglichkeiten aus, etwa

- die Zurückstellung des Baugesuchs (§ 15 BauGB);
- eine Veränderungssperre (§ 14 BauGB);
- eine Modifikation eines ggf. bestehenden Bebauungsplanes über die Vorschrift des § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO (und damit der Ausschluß bestimmter Bebauungen) oder
- eine verschärfte Stellplatzsatzung ohne die Möglichkeit der Ablöse von Stellplätzen.

<u>Begründung:</u>

In der Hansastraße im Stadtteil Sendling-Westpark befinden sich derzeit weitere Spielhallen in der Planungs- und Genehmigungsphase; die Rede ist u.a. von einem Hallen-Komplex, der auf nicht weniger als 18 Spielhallenkonzessionen ausgelegt ist.

Während der zuständige BA 7 die Lokalbaukommission auf die bereits vorhandenen Spielhallen und den „besonderen sensiblen Bereich der Hansastraße“ hinwies (Quelle: Rechenschaftsbericht für die Bürgerversammlung des 7. Stadtbezirkes Sendling-Westpark am 06.10.2009), vertritt die LBK offenbar nach wie vor die Position, der fragliche Spielhallenkomplex sei genehmigungsfähig, wenn er „sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. (...) Vorliegend handelt es sich um eine Gemengelage, in der Vergnügungsstätten bereits prägend vorhanden sind.“ (zit. nach: ebd.).

b.w.

Diese Argumentation läßt außer acht, daß

- ein weiterer Groß-Spielhallenkomplex wie der geplante das Viertel trotz bereits vorherrschender „Gemengelage“ möglicherweise „kippen“ ließe;
- Kommunen und Staatsregierung grundsätzlich (und mit guten Gründen!) einen Kurs der Eindämmung der Spielhallenkonzessionen in Bayern verfolgen, der durch eine Genehmigung des Spielhallenprojekts in der Hansastraße konterkariert würde; und daß
- zahlreiche baurechtliche Mittel existieren, um – den ernsthaften politischen Willen zur Verhinderung weiterer Spielhallen vorausgesetzt – dem geplanten Komplex stadtseitig die Genehmigung versagen zu können.

Auch der Bayerische Automatenverband e.V. verweist mit Blick auf das Vorhaben in der Hansastraße darauf, daß es im Gefolge des projektierten „übergroßen Spielhallenkomplex[es] (...) im Ergebnis zu einer Veränderung der Angebotsstruktur in diesem Stadtteil [käme], so daß das Vorhaben schon aus diesem Grund nicht genehmigungsfähig ist. Der Charakter des Gebietes würde nachhaltig verändert und zu weiteren Nachahmern führen.“

Der Bayerische Automatenverband unterstreicht in diesem Zusammenhang ausdrücklich, daß es „schon seit Jahren baurechtliche Wege und Mittel gibt, um die Ansiedlung von Spielhallen zu verhindern, wenn dies gewollt ist“. Allerdings würden diese Mittel in der bayerischen Landeshauptstadt im Gefolge einer nicht ausreichenden Bauleitplanung derzeit nicht ausgeschöpft.

Auch das Bayerische Innenministerium rief zuletzt mit Datum vom 29.09.2010 in einer Handreichung an die Bezirksregierungen sehr eingehend die bestehenden baurechtlichen Steuerungsmöglichkeiten bei der Ansiedlung von Spielhallen in Erinnerung und forderte die Bezirksregierungen ausdrücklich auf, „die unteren Bauaufsichtsbehörden zu informieren; die Landratsämter werden gebeten, die Gemeinden zu informieren.“ Zentrales Steuerungselement ist demnach die Bauleitplanung „und hier insbesondere das Instrument des Bebauungsplans“. Hierdurch böte sich z.B.die Möglichkeit, innerhalb eines Baugebiets eine Gliederung dergestalt vorzunehmen, „daß Spielhallen nur in bestimmten Bereichen des Gebiets zulässig sind“.

Darüber hinaus böten auch baurechtlich geregelte

- Steuerungsmöglichkeiten in Gebäuden,
- Modifikationen des Katalogs der „ausnahmsweise zulässigen Arten von Nutzungen“ sowie
- Stellplatzsatzungen

eine ausreichende Handhabe, um nicht erwünschten Spielhallenansiedlungen die Genehmigung zu versagen. (Ein erst im Oktober 2010 vorgelegtes Gutachten von Prof. Dr. Gerrit Manssen, Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Universität Regensburg, führt zahlreiche gemeindliche Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stellplatzablöse nach Art. 47 BayBO auf).

Die Landeshauptstadt München hat von diesen Informationen der bayerischen Staatsregierung möglicherweise bislang keine Kenntnis erhalten.

Der Antragsteller formulierte bereits mit Antrag vom 23.02.2010 („München zeigt Spielhallen die rote Karte!“, StR-Antrags-Nummer: 08-14 / A 01363) die grundsätzliche Forderung an die Stadtpolitik: „Die Stadt München erklärt den Kampf gegen das ausufernde Spielhallen-Unwesen endlich zur Chefsache“ und verwies dabei auf nicht hinnehmbare Belästigungen der betroffenen Anwohner, auf den Verlust von Lebens- und Wohnqualität im Viertel und auf die mit der Ansiedlung von Spielhallen zumeist verbundene Folge- und Kleinkriminalität; ganz zu schweigen davon, daß Spielhallen per se der Glücksspielsucht Vorschub leisten. Nichts von alledem ist für verantwortungsbewußte Stadtpolitiker tolerierbar.

Immerhin umriß auch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im seinerzeitigen Antwortschreiben vom 31.08.2010 die städtische Generallinie mit den Worten: „Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten wird eine restriktive Sachbehandlung verfolgt, insbesondere wenn ein Verdrängungsmechanismus und damit verbundener sog. ´trading-down´-Effekt in Gang gesetzt wird, der aus städtebaulicher Sicht verhindert werden soll.“

Im aktuellen Fall Hansastraße/Sendling-Westpark stellt sich das im Februar vom Antragsteller grundsätzlich umrissene Problem nunmehr im konkreten Rahmen, gleichzeitig aber durch die geplanten Dimensionen des in Rede stehenden „Mega-Projekts“ in verschärfter Form.

Die Stadt ist spätestens jetzt aufgerufen, der weiteren Ansiedlung von Spielotheken in einem konkreten Fall die rote Karte zu zeigen und damit ihrem Willen Ausdruck zu verleihen, daß sie weitere Spielhallen-Ansiedlungen in München grundsätzlich nicht wünscht. Die Stadt ist dabei – trotz der offenbar unzureichenden Formulierung einer verbindlichen Bauleitplanung – nicht wehrlos, sondern verfügt über ein umfassendes baurechtliches Instrumentarium, das sie nur zur Anwendung bringen müßte – wenn sie es denn wollte.

Im Interesse von Anwohnern und Bürgern ist dieser politische Wille erforderlichenfalls von der Stadt einzufordern. Er läge zudem auf der Generallinie der bayerischen Staatsregierung in puncto Spielhallen. Wie die Lokalbaukommission bei alledem ernsthaft argumentieren kann, die bereits „prägend vorhandenen“ Vergnügungsstätten begünstigten geradezu die Genehmigung weiterer – das entzieht sich allerdings dem gesunden Menschenverstand.

Karl Richter
Stadtrat